

Feministin

02/2022

Das Magazin der SPÖ Frauen



Was uns jetzt weiterbringt!

Arbeitswelt.

Warum es einen Wandel braucht. [Seite 2](#)

Raus aus der Tabuzone.

Lange wurde über Menstruation nicht geredet. Das ändert sich endlich. [Seite 4](#)

Teuerung.

In immer mehr Haushalten fehlt das Geld. Die Schere zwischen Arm und Reich geht auseinander.

Nur mit einem starken Sozialstaat kommen wir jetzt durch die Krise. [Seite 3](#)

Selbstbestimmung.

Wir lassen uns unsere Frauenrechte nicht nehmen. [Seite 6](#)

Feministische Buchtipps.

Spannende Lektüre, die aufrüttelt und stärkt. [Seite 7](#)



Foto: Knite

Editorial

Lebensmittel die immer teurer werden, Mietkosten und Energiepreise die durch die Decke gehen – die Teuerungskrise beschäftigt alle in unserem Land. In einem von drei Haushalten reicht das Geld nicht mehr aus. Jedes dritte Kind ist in unserem Land von Armut bedroht.

Die Schere zwischen Arm und Reich geht auseinander

Die Verteilungsfrage muss endlich in den Vordergrund. Dass die einen nicht wissen, wie es weitergehen soll und von Zukunftsängsten geplagt werden, während andere Milliarden an Reichtum und Vermögen horten, ist zutiefst ungerecht.

Was wir ändern wollen

Es gibt gute Konzepte, um die Zukunft anders zu gestalten: Höheres Arbeitslosengeld und Notstandshilfe, höhere Sozialleistungen, Unterhaltsgarantie – es gibt eine Reihe von Möglichkeiten, den Zusammenhalt zu stärken. Starke Sozialstaaten sind gut durch die Krise gekommen. Staaten mit einer guten Daseinsvorsorge, öffentlichem Gesundheitswesen und kommunalem Wohnbau sind krisenresistenter. Um den Sozialstaat langfristig zu sichern, ist es höchste Zeit für Vermögens- und Erbschaftssteuern.

Die Welt hat Feminismus dringend nötig

Ein Blick in andere Länder wie Spanien, wo derzeit eine ganze Reihe feministischer Gesetzesvorhaben auf den Weg gebracht werden, zeigt, was mit progressiver Politik möglich ist. Gleichzeitig stehen wir fassungslos und wütend vor Entwicklungen wie in den USA, wo Frauenrechte erneut mit Füßen getreten werden. Seite an Seite mit Millionen von Frauen kämpfen wir für Selbstbestimmung und Frauenrechte. Wir wollen nicht zurück in eine Zeit reaktionärer Unterdrückung. Im Gegenteil. Wir haben Lust auf fortschrittliche und solidarische Politik. Eine Politik, die Freude macht und auf das Miteinander baut. Zeit wird's!

Die Arbeitswelt ist reif für Veränderung

Wenn ich zuhause ankomme, beginnt mein zweiter Arbeitstag: Einkaufen, Kinder abholen, Wäsche waschen, Wohnung zusammenräumen, kochen, bei Schulaufgaben helfen, auftretende Probleme lösen... Wenn ich dann am Abend meiner Tochter eine Seite aus ihrem Lieblingsbuch vorlese, schlafe ich meistens dabei ein“ eine junge Mutter spricht das aus, was sich viele Frauen denken. Frauen haben sowohl in der Bildung als auch in der Arbeitswelt enorm aufgeholt. Geht es aber darum, wer zu Hause das Werkel am Laufen hält, gewinnt man den Eindruck wir stecken im vergangenen Jahrhundert fest. Halbe/Halbe? Von wegen. Eine Frauengeneration nach der anderen kämpft um faire Arbeitsteilung und sieht sich mit ähnlichen Hürden konfrontiert.

Teilzeit als Ausweg?

Um alles unter einen Hut zu bekommen, arbeiten viele Frauen Teilzeit. Acht von zehn Teilzeitjobs sind in Frauenhand. Mit den bekannten Nachteilen: Laut aktuellem Arbeitsklimaindex für Österreich, erstellt von der Arbeiterkammer Oberösterreich, sagen zwei von drei Teilzeitbeschäftigten, dass sie kaum oder gar nicht mit dem Einkommen auskommen. Darüber hinaus haben sich geringfügige Beschäftigungsverhältnisse mehr als verdoppelt, die Zahl der Leiharbeitsverhältnisse mehr als verfünffacht.

Weniger Einkommen, weniger Pension

Als wahrer Bumerang erweisen sich Teilzeit und geringfügige Beschäftigung in der Pension. Frauen bekommen im Schnitt österreichweit 41 Prozent weniger Pension als Männer, wobei der Unterschied von Bundesland zu Bundesland stark variiert. Während in Wien die Differenz knapp über 30 Prozent liegt, verdienen Frauen in Vorarlberg nur etwa halb so viel wie ihre männlichen Kollegen. Das hängt viel mit

fehlenden ganztägigen Kinderbetreuungsplätzen in ländlichen Regionen zusammen. Ein Rechtsanspruch auf ganztägige Betreuung ab dem 1. Lebensjahr ist längst fällig.

Zufriedenheit im Sinkflug

Der Arbeitsklimaindex gibt auch in anderer Hinsicht zu denken: Immer mehr Menschen denken daran ihren Job hinzuschmeißen, weil die Arbeitsbedingungen, das Gehalt oder die Arbeitszeit nicht passen. Erstmals gibt jeder zweite Beschäftigte in einem Vollzeitjob an, weniger Stunden als vertraglich vereinbart arbeiten zu wollen. Gleichzeitig wollen drei von zehn Teilzeitkräften mehr Stunden arbeiten als aktuell.

Kürzer arbeiten

Einige Staaten wie Neuseeland, Island, Schottland, Spanien, Belgien und jetzt auch Großbritannien setzen in Pilotprojekten die 4-Tage-Woche erfolgreich um. Arbeitszeitverkürzung ist eine Chance, den Druck aus der Arbeitswelt zu nehmen, mehr Jobs zu schaffen und bezahlte und unbezahlte Arbeit endlich gerecht zwischen Frauen und Männern zu verteilen. Nur so kommen wir langfristig voran.



Foto: Canva



Foto: Canva

Wenn das Geld nicht mehr zum Leben reicht.

Das darf doch nicht wahr sein. Ein Blick auf den Kassazettel im Supermarkt zeigt wie stark die Preise gestiegen sind. Das gilt für Gemüse, Obst, Fleisch, Speisefette und auch für einfache Grundnahrungsmittel wie Brot, Milch, Eier. Ein Packerl Butter, das fast einen Euro mehr kostet, ein durchschnittlicher Einkauf, der bis zu 20 Prozent mehr Kosten als im Vorjahr verursacht – das lässt viele ratlos zurück.

Wie soll ich mir mein Leben in Zukunft leisten? Eine Frage, die sich immer mehr Menschen stellen. Denn die Teuerung betrifft mittlerweile alle Lebensbereiche – Wohnen, Energie, Ernährung, Sprit. Nach starkem Druck von SPÖ, Gewerkschaft und Arbeiterkammer präsentierte die Regierung vor dem Sommer ein „Anti-Teuerungspaket“, durch das jedoch kein einziges Produkt billiger wird. Das bedeutet, dass Strom-, Gas- und Lebensmittelpreise weiter steigen werden.

Schon jedem dritten Haushalt fehlt das Geld. Bereits 1,4 Millionen Haushalte können ihre Ausgaben nicht mehr mit den Einnahmen decken und müssen entweder auf Ersparnis zurückgreifen oder Schulden

So will die SPÖ den Sozialstaat sichern:

- Mieterhöhungen rückgängig machen und Mietpreisobergrenze einführen
- Mehrwertsteuer auf Lebensmittel, Energie und Sprit streichen
- Pensionserhöhung vorziehen
- Arbeitslosengeld und Sozialleistungen erhöhen
- Unterhaltsgarantie umsetzen
- Steuern auf Millionen und Milliardenvermögen einführen, Übergewinne abschöpfen

machen. Davor waren es bereits 1 Million Haushalte. Der dramatische Anstieg zeigt: Es ist Feuer am Dach.

Besonders schlimm sind die gestiegenen Mietkosten. Ohne Vorankündigung wurden Anfang Juni die Altbau-Mieten zum zweiten Mal in diesem Jahr teurer. Erst im April stieg die Miete für Mieter*innen im Altbau und Gemeindebau um 6 Prozent.

Die sogenannten Richtwertmieten wurden erhöht. Sämtliche Anträge der SPÖ, diese Erhöhung auszusetzen, wurden von der Bundesregierung eiskalt abgelehnt.

Während die einen nicht mehr wissen, wie sie ihre Ausgaben decken sollen und Monat für Monat von Geldsorgen geplagt werden, zählen andere zu den Gewinner*innen der Krise. Längst fällig sind Steuern für Millionen- und Milliardenvermögen.

Vor den Sozialmärkten bilden sich immer längere Schlangen. „Uns bleiben etwa 200 Euro im Monat fürs Leben“ rechnet eine Frau mit Kind vor. Zusätzliche Ausgaben sind da schon lange nicht mehr drin. Im September kommt ihre Tochter das erste Mal in die Schule. „Ich habe versucht immer wieder ein paar Euros für den Schulanfang auf die Seite zu legen. Aber jetzt wurde die Miete erhöht. Ich weiß nicht wie das weitergehen soll“, sagt sie. Eine Sorge, die sie mit vielen anderen teilt. Höchste Zeit, dass die Bundesregierung diese Ängste ernst nimmt.

Unterzeichne die Petition der SPÖ:



Raus aus der Tabuzone

Frauen in Spanien sollen in Zukunft an Tagen mit starken Regelschmerzen nicht mehr arbeiten müssen. In Österreich hat dieser Vorstoß der spanischen Regierung zu Diskussionen geführt. Ist das auch hierzulande denkbar?

In Österreich gilt eine andere Rechtslage. Theoretisch kann jede Frau mit Regelschmerzen zuhause bleiben, denn ein Krankenstand ist ohne die Angabe von Gründen möglich. Praktisch müssten Ärzt*innen viel stärker auf dieses Thema sensibilisiert werden. Denn was in der Theorie möglich ist, bedeutet noch lange nicht, dass es praktiziert wird. Viele Frauen glauben, dass starke Schmerzen einfach dazugehören und hingenommen werden müssen. Aber das stimmt nicht.

Ursachen für starke Regelschmerzen gibt es unterschiedliche. In vielen Fällen ist eine Überproduktion von bestimmten Schmerzbotenstoffen dafür verantwortlich, die kurz vor der Regelblutung gebildet werden. Bei sogenannten sekundären Regelschmerzen sind organische Beschwerden wie Entzündungen, Myome, Polypen oder Endometriose – eine gutartige chronische Erkrankung – die Ursache.

Nicht die Regel

1 von 10 Frauen ist von Endometriose betroffen. Laut Schätzungen leiden weltweit 200 Millionen Frauen an Endometriose. Obwohl derart weit verbreitet, erkennen Ärzt*innen die Krankheit oft gar nicht oder viel zu spät. Im Schnitt vergehen ganze 9 Jahre bis zu einer Diagnose. Ein Thema, das die Filmemacherin Ranya Schauenstein in der ersten deutschsprachigen Dokumentation gemeinsam mit Betroffenen aufgegriffen hat. Der Film handelt von drei verschiedenen Frauen, die über ihr Leben mit Endometriose erzählen. Sie berichten von Beschwerden und langen Diagnosen. Das müsste nicht sein. Die SPÖ-Frauen fordern in diesem Zusammenhang mehr Forschung und Schulung von Ärzt*innen, mehr Kasernenärzt*innenstellen, Rehasentren in ganz Österreich sowie die Pille – die als wichtige Medikation gilt um Schmerzen zu lindern – auf Krankenschein.

Neue Haltung

Höchste Zeit, dass über Menstruation gesprochen wird. Lange Zeit galt die Monatsblutung als etwas, über das lieber

nicht geredet wird. Das ändert sich langsam. Die Periode gehört zum ganz normalen Alltag der Frauen. Das Wissen, was im eigenen Körper vor sich geht, trägt viel zu einem entspannten Körperbewusstsein bei. Starke Regelschmerzen sind nichts, was frau stillschweigend hinnehmen muss. Diese Zeiten sind hoffentlich bald vorbei!



Foto: © nicht die regel

Es geht auch anders

Tu etwas für dich und deine Gesundheit! – Mit diesem Credo sind wir alle tagtäglich konfrontiert. Welchen Stellenwert Frauengesundheit in einem Land hat, ist aber zu einem großen Teil auch eine Frage politischer Entscheidungsträger*innen.

In Frankreich hat Präsident Emmanuel Macron einen nationalen Plan zum Kampf gegen Endometriose vorgestellt, der die Diagnose, Behandlung und Erforschung der Krankheit verbessern soll. Bis 2030 sollen unter anderem Schulungen von medizinischem Personal und der Ausbau von Fachzentren landesweit umgesetzt werden. „Das ist kein Frauenproblem, das ist ein gesellschaftliches Problem“ so Macron in einer Rede.

Auch Australien hat seit dem Jahr 2018 verstärkt finanzielle Mittel in einen Nationalen Aktionsplan gesteckt und ein staatlich finanziertes Aufklärungsprogramm für Jugendliche, das „Periods, Pain and Endometriosis Program“, kurz PPEP Talk genannt, umgesetzt.

Der Nationale Frauengesundheitsplan in Österreich, der von den ehemaligen sozialdemokratischen Frauenministerinnen Gabriele Heinisch-Hosek, Sabine Oberhauser und Pamela Rendi-Wagner entwickelt und auf den Weg gebracht wurde, liegt unter Türkis-Grün mittlerweile auf Eis und ist in der Schublade verschwunden. Nach langen Verhandlungen mit der Opposition ist nun erstmals nach mehr als zehn Jahren wieder ein Frauengesundheitsbericht in Auftrag

Foto: © nicht die regel



gegeben worden, ein Hoffnungsschimmer in frauenpolitisch eher düsteren Zeiten.

Beim Thema Gleichstellung lohnt sich generell ein Blick auf andere Länder. Die spanische Regierung bringt derzeit eine Reihe von feministischen Vorhaben, wie z.B. sichere Abtreibungen für alle ab 16, verbesserter Schutz der sexuellen Selbstbestimmung, Verbot von „Catcalling“ – verbale sexuelle Belästigung im öffentlichen Raum – auf den Weg. Vorangetrieben werden diese Vorhaben von Gleichstellungsministerin Irene Montero und Ministerpräsident Pedro Sánchez. Derzeit liegt das Land auf dem europäischen Gleichstellungsindex in vielen Bereichen weit vorne. Das war beilei-

be nicht immer so. Auch wenn noch immer Sexismus, Queerfeindlichkeit und Antifeminismus verbreitet sind, gibt es viele erfreuliche Entwicklungen. In einem Land, das früher als Macholand galt, bezeichnen sich heute laut Barometer für „Jugend und Gender“ rund zwei Drittel der unter 30-jährigen Mädchen und Frauen als Feministinnen und rund ein Drittel der 30-jährigen Burschen und Männer als Feministen.

In Österreich haben eine halbe Million Menschen für das Frauen*volksbegehren 2.0 im Jahr 2018 unterschrieben. Wer war nicht dabei? ÖVP-Frauenministerin Susanne Raab, die von sich sagt, dass sie keine Feministin ist. Zeit für Veränderung!

7 Fakten zu Endometriose

- Endometriose ist eine gutartige, chronische Erkrankung, bei der sich Gebärmutter-schleimhaut-ähnliche Zellen außerhalb des Uterus befinden und zu entzündetem Narbengewebe führen.
- Endometriose braucht Östrogen, um zu wachsen. Hormonelle Behandlungen, die die Produktion von Östrogen verlangsamen oder stoppen (z.B. Pille), werden oft als Therapie eingesetzt. Sie lindern die Schmerzen, sind aber kein Heilmittel.
- Es gibt drei Hauptbehandlungen: Chirurgie, Hormon- und Schmerztherapie. Auch alternative Schmerztherapien wie Osteopathie, Akupunktur und Physiotherapie kommen zum Einsatz.
- Um die Krankheit sicher zu diagnostizieren, kommt eine Bauchspiegelung (Laparoskopie) infrage.
- Endometriose bedeutet nicht zwangsläufig Unfruchtbarkeit, kann aber die Ursache sein.
- Endometriose äußert sich bei jeder Frau anders. Das bedeutet, dass es keine Behandlung gibt, die für alle funktioniert. Oftmals muss man mehrere Therapien ausprobieren, bis man etwas gefunden hat, das hilft.
- Bewegung hilft. Mit chronischen Schmerzen Sport machen ist aber nicht einfach. Daher werden lange Spaziergänge empfohlen.



Ranya Schauenstein und Tabea Hablützel bei Dreharbeiten zum Film „Nicht die Regel“

Unsere Rechte lassen wir uns nicht nehmen.

Warum müssen wir diesen Wahnsinn erneut durchmachen? Ein Gerichtsurteil in den USA, das das bundesweit geltende Recht auf einen Schwangerschaftsabbruch in den USA gekippt hat, hat Protestwellen und weltweite Solidaritätskundgebungen ausgelöst. Es ist als hätte sich die Zeit zurückgedreht und als wären wir ein halbes Jahrhundert zurückgefallen. In eine Zeit, als Frauen noch für Schwangerschaftsabbrüche ins Gefängnis mussten und bei illegalen und riskanten Abtreibungen ihr Leben aufs Spiel setzten. Wie schon vor fünfzig Jahren gehen Frauen auf die Straße und kämpfen für ihr Recht. Und wie damals veröffentlichen prominente Frauen ihre Geschichte, wie etwa Whoopi Goldberg, die aus Angst im Alter von 14 Jahren ihre Schwangerschaft durch einen Kleiderbügel beendete und heute gemeinsam mit Millionen anderer Frauen für ein staatlich garantiertes Recht auf einen Schwangerschaftsabbruch kämpft.

„In vielen Bereichen orientiert sich die Welt an den Vereinigten Staaten: die Gefahr, dass frauenfeindliche Politik nach Europa überschwappt, ist daher nicht weit hergeholt. Das Recht auf eine sichere Abtreibung muss endlich in der Grundrechtecharta der EU stehen“, fordert die Vizepräsidentin des Europaparlaments Evelyn Regner. Auch in Europa sind radikale Abtreibungsgegner*innen wieder am Vormarsch. In Polen müssen Ärzt*innen Schwangerschaften seit Anfang Juni 2022 in einem zentralen Register melden. Diese sind trotz einer enormen Protestbewegung in Polen seit kurzem de facto verboten. Anfang Juni hat das Europaparlament eine Entschließung



Foto: Canva

zu weltweiten Bedrohungen des Rechts auf Schwangerschaftsabbruch angenommen. Darin fordern die Abgeordneten die Mitgliedstaaten dazu auf, Schwangerschaftsabbrüche zu entkriminalisieren und Hindernisse abzubauen.

Das Selbstbestimmungsrecht der Frauen sollte endlich von allen respektiert werden. Wichtig sind ein Ausbau der Infrastruktur im ländlichen Raum und die Möglichkeit des Schwangerschaftsabbruchs an öffentlichen Krankenhäusern in ganz Österreich. Seit 1999 gibt es hierzulande in den ersten neun Schwangerschaftswochen auch die Möglichkeit eines medikamentösen Abbruchs. Seit 2020 können auch niedergelassene Gynäkolog*innen Mifegyne verschreiben. Ein wichtiger Schritt zu mehr Selbstbestimmung.

Ein Schwangerschaftsabbruch darf auch nicht an einer unüberwindbaren finanziellen Hürde scheitern. In einigen westeuropäischen Ländern gibt es Schwangerschaftsabbrüche auf Krankenschein – in Österreich nicht. Österreich ist auch das einzige Land in Westeuropa, in dem Verhütung Sache jeder und jedes Einzelnen ist und von den Krankenkassen nicht einmal teilfinanziert wird. Dabei wäre ein kostenfreier Zugang zu modernen Verhütungsmitteln und Verhütungsberatung für alle ein Meilenstein. Frauen auf der ganzen Welt brauchen Zugang zu Verhütungsmitteln, sicheren Abtreibungen und umfassender sexueller Bildung. Das Recht auf Selbstbestimmung, ist eines der elementaren Frauenrechte.

My body, my choice!

Feministische Buchtipps

Lange war die deutschsprachige Literatur dominiert von männlichen Autoren. Gab es weibliche, wurden diesen von (männlichen) Literaturpäpsten be- und verurteilt. Mittlerweile bestimmen zunehmend Frauen den literarischen Kanon in Europa und anderen Teilen der Welt. Neue und alte Lieblingsbücher für entspannende und erbauende Sommerstunden findet ihr hier. Die Zukunft der Literatur ist weiblich.

Bonnie Garmus: Eine Frage der Chemie.

„Die ehemalige Forschungskemikerin Elizabeth Zott war eine Frau mit makelloser Haut und dem unverkennbaren Auftreten eines Menschen, der nicht durchschnittlich war und es nie sein würde.“ Der Tochter zum 18. Geburtstag, der Nichte zum Studienabschluss, der Freundin zum Trost, der Mama für die Pension, dem Partner zum Dazu-Lernen. Es gibt kein Alter, in dem dieses Buch nicht bereichert, ermächtigt, unterhält, verstört und berührt. Einmal im Leben 24 Stunden wie Elizabeth Zott sein! (Piper Verlag 2022, 462 S., 22,95 EUR)

Faika El-Nagashi / Mireille Ngosso Für alle, die hier sind

„Uns trennen nicht unterschiedliche Biografien, sondern Ungleichheiten, die wir als Realität akzeptieren. Lasst uns gemeinsam dagegen aufstehen!“ Ein Plädoyer für eine sozial gerechte, antirassistische und solidarische Wende in Gesellschaft und Politik. (Kremayr & Scheriau, 208 Seiten, 22,00 EUR)

Ingeborg Bachmann. Malina.

Mit einem Nachwort von Elfriede Jelinek. Das Buch handelt von nichts anderem als von Liebe, es zeigt die Einsamkeit dessen, der liebt. Ein radikales Buch, das seit seiner Erstveröffentlichung vor vierzig Jahren nichts an seiner Kraft verloren hat. (Suhrkamp 1980, 389 S., 10,95 EUR.)

Lotta Elstad: Mittwoch Also.

Jung, ledig, selbstbestimmt – und ungewollt schwanger. Hedda ist nach einem One-Night-Stand ungewollt schwanger und möchte schnellstmöglich abtreiben. Doch sie hat die Rechnung ohne das norwegi-



sche Gesundheitssystem gemacht, das eine mehrtägige Bedenkzeit vorsieht. Und die setzt ihr unerwartet zu ... (Kiepenheuer und Witsch 2019, 204 S., 18,50 EUR)

Helene Hegemann: Schlachtensee. Stories.

Ein Querschnitt durch die westliche Gesellschaft in 15 Episoden. Diese tragen Namen wie „Schwarzach, St. Veit“, „Wie fühlt es sich an, ein verletzter Krebs zu sein“, „Sex und Macht“, „Sie ist geschäftlich in ...“ (Kiepenheuer und Witsch 2022 266 S., 23,00 EUR).

Akteneinsicht. Marie Jahoda in Haft.

Hg: Bacher, Johann; Kannonier-Finster, Waltraud; Ziegler, Meinrad: Die Sozialpsychologin Marie Jahoda saß 1936/37 neun Monate in Haft. Ihr Verbrechen war, als Revolutionäre Sozialistin die Diktatur des Dollfuß-Schuschnigg-Regimes bekämpft zu haben. „Wer in der Demokratie schläft, wacht in der Diktatur wieder auf“ (Studienverlag Innsbruck 2021, 256 S., 26,90 EUR)

Mareike Fallwick: Die Wut, die bleibt.

Ein Roman über die Last, die auf den Frauen abgeladen wird, und das Aufbegehren: Radikal und aufrüttelnd. (Rowohlt Verlag, 2022, 384 Seiten, 22,00 EUR)

Eva Menasse: Dunkelblum.

Jeder schweigt von etwas anderem. Auf den ersten Blick ist Dunkelblum eine Kleinstadt wie jede andere. Doch hinter der Fassade der österreichischen Gemeinde verbirgt sich die Geschichte eines furchtbaren Verbrechens. (Kiepenheuer und Witsch 2021, 528 S., 25,00 EUR)

Deborah Nelson. Denken ohne Trost.

Arbus, Arendt, Didion, McCarthy, Sontag, Weil. Von Frauen wird Tröstung verlangt. Deborah Nelson nähert sich sechs beeindruckenden Denkerinnen, die sich weigerten, die harte Realität im Meer der Gefühle untergehen zu lassen. (Klaus Wagenbach Verlag 2022, 240 S., 22,00 EUR)

Franziska Schutzbach. Die Erschöpfung der Frauen. Wider die weibliche Verfügbarkeit.

Frauen haben heute angeblich so viele Entscheidungsmöglichkeiten wie nie zuvor. Und sind gleichzeitig so erschöpft wie nie zuvor. Denn nach wie vor wird von ihnen verlangt, permanent verfügbar zu sein. (Droemer Knaur Verlag 2021, 304 S., 18,50 EUR)

Judith Taschler: Über Carl reden wir morgen.

„Fast hat man sich in der Hofmühle damit abgefunden, dass Carl im Krieg gefallen ist, als er im Winter 1918 plötzlich vor der Tür steht.“ Über drei Generationen verfolgen wir gebannt das Schicksal der Familie Brugger, deren Leben in der Mühle vor allem die Frauen prägen. Das einfühlsame Porträt eines Dorfes, ein Buch über Abschiede und die Liebe unter schwierigen Vorzeichen, über den Krieg und die unstillbare Sehnsucht nach vergangenem Glück. (Verlag Paul Zsolnay 2022, 464 S., 24,95 EUR)

Sozialistin

Stärker gemeinsam

Nach mehr als zwei Jahren Pandemie gibt es in diesem Jahr von Juni bis September PRIDE-Paraden im ganzen Land und das ist gut so! Bei der Pride-Parade in Wien waren heuer an die 300.000 Menschen. Ein starkes Zeichen! Wenn uns die letzten Jahre etwas gezeigt haben, dann, dass der Weg zur vollen Gleichstellung der LGBTIQ-Community noch ein langer ist. Wir stehen solidarisch an der Seite der Community gegen jede Form von Diskriminierung, Ausgrenzung und Hass – gemeinsam wollen wir ein sicheres und stolzes Leben für alle Menschen in Österreich erreichen.



Foto: Manuel Dommanovich



Die Zukunft ist weiblich

„Nach 10 Jahren Stillstand haben wir endlich einen Deal für die sogenannte ‚Women on Boards‘-Richtlinie erreicht, die in Zukunft mehr Frauen in Führungspositionen garantieren soll“, so die Vizepräsidentin des Europaparlaments und Chefverhandlerin der sozialdemokratischen Fraktion Evelyn Regner. Bis 2026 müssen die Staaten zwischen zwei Modellen zur Steigerung des Frauenanteils im Aufsichtsrat und in den Vorständen börsennotierter Unternehmen wählen: Entweder sollen mindestens 40 Prozent der Mitglieder in Aufsichtsräten Frauen sein oder ein durchschnittlicher Frauenanteil von 33 Prozent für Aufsichtsräte und Vorstände muss erreicht werden. Jetzt heißt es in Österreich rasch handeln!

Foto: Canva



Her mit dem Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung!

Die 15a-Vereinbarung der Bundesregierung zur Kinderbetreuung ist eine Mogelpackung. Es gibt keine jährliche Kinderbildungsmilliarde, sondern nur 200 Millionen Euro pro Jahr. Der Ausbau geht viel zu langsam voran. Frauen werden weiter in Teilzeit gedrängt. Es gibt kein Geld für Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Pädagog*innen und keine vereinheitlichten Qualitätsstandards. Die SPÖ fordert den Rechtsanspruch auf einen ganztägigen Kinderbetreuungsplatz vom 1. Lebensjahr an!

Jedes Kind ist gleich viel wert

Der Europäische Gerichtshof hat entschieden, dass die Anpassung der Höhe von Familienleistungen für EU-Bürger*innen, die in Österreich arbeiten, deren Kinder aber im Ausland leben, rechtswidrig ist. Die SPÖ hat sich von Beginn an gegen dieses unselige Relikt aus türkis-blauer Zeit ausgesprochen und im Parlament entsprechende Anträge eingebracht. Diese wurden von den türkisen und auch den grünen Abgeordneten in einer verantwortungslosen Verdrängungspolitik ständig vertagt. Das Urteil des Europäischen Gerichtshofs ist ein großer Erfolg des sozialen Europa.



Foto: Canva